

**34**  
**84**

# Union in Deutschland

Bonn, den 8. November 1984

**Helmut Kohl:**

## Dieser Staat ist nicht käuflich

Dieser Staat ist nicht käuflich – er war es weder unter Adenauer noch unter Erhard, noch unter Kiesinger, noch unter Brandt, noch unter Schmidt, er ist es auch nicht unter Helmut Kohl. Das erklärte der Bundeskanzler auf dem Landesparteitag der CDU Rheinland-Pfalz in Trier am Samstag, 3. November 1984. Helmut Kohl stellte u. a. fest:

Ich will nichts unter den Tisch kehren, aber wenn ich in diesen Tagen beobachte, daß man uns einreden will, die Bundesrepublik Deutschland treibe auf eine Staatskrise zu, dann kann ich nur fragen: Wohin sind wir eigentlich gekommen? Sind wir nicht mehr fähig, mit nüchternem Sinn darüber zu reden, was wirklich ist? Auch über eigene Fehler, die wir gemacht haben; denn wir sind selbstverständlich auch nicht ohne Fehler.

Natürlich haben wir keine Staatskrise. Wir müssen aber dringend über das reden, was wirklich war und wirklich ist. Man muß die Dinge sorgfältig auseinanderhalten; denn es ist schon ein erstaunlicher Vorgang, daß jetzt im Zusammenhang mit der sogenannten Flick-Affäre die Steuerbegünstigung für den Konzern der damaligen Opposition in die Schuhe geschoben werden soll.

(Fortsetzung auf Seite 2)

**In dieser Ausgabe  
lesen Sie:**

### ■ CDU-EXTRA

Bundesvorstand empfiehlt:  
Konsequenzen aus den  
Vorgängen der vergangenen  
Wochen ziehen

gelber Teil

### ■ DOKUMENTATION

Neuregelung des  
Unterhaltsrechtes

grüner Teil

### ■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Gesamtangebot der  
Informations- und Werbemittel der  
Bundesgeschäftsstelle

rosa Teil

### ■ BADEN- WÜRTTEMBERG

Die CDU hat sich bei den  
Kommunalwahlen unbestritten als  
stärkste Kraft erwiesen

Seite 9

### ■ NORDSEE- KONFERENZ

Ein erster wichtiger Schritt zur  
Reinhaltung der Gewässer

Seite 11

### ■ BUNDESTAG

Philipp Jenninger zum Bundes-  
tagspräsidenten gewählt /  
Wortlaut seiner Rede

Seite 15

Ich bin sicher, daß mein Vorgänger Helmut Schmidt und seine Bundesregierung nach sorgfältigen, pflichtgemäßen Erwägungen entschieden haben. Aus bestimmten wirtschaftlichen Überlegungen ist damals die Steuerpräferenz gewährt worden. Meine Regierung hat diese Präferenz wieder zurückgenommen, weil sie bei erneuter Prüfung Jahre später zu dem Ergebnis kam, daß sich die Voraussetzungen für die damalige Entscheidung geändert hatten und also anders zu beurteilen waren.

Das ist der eine Sachverhalt. Es gibt jetzt eine breite Diskussion über diese Frage, und ich bin dafür, daß sie geführt wird. Aber ich bin auch dafür, daß diejenigen, die damals Verantwortung getragen haben, heute dazu stehen. Ich kann mir jedoch nicht vorstellen, daß der Kanzler keinen maßgeblichen Anteil an einer solchen Entscheidung gehabt hätte. Ich respektiere seine Argumente, und ich bin ganz sicher, daß die beiden Finanzminister Apel und Mattheöfer pflichtgemäß geprüft und gehandelt haben. Ich bin auch ganz sicher, daß die beiden Wirtschaftsminister Friderichs und Graf Lambsdorff sich genauso verhalten haben.

Was ich in den letzten Monaten gegenüber dem Kollegen Lambsdorff an öffentlicher Vorverurteilung erlebt habe, ist deshalb schlicht ein Skandal. Wer ja sagt zum Rechtsstaat, muß auch ja sagen zu seinen Prinzipien. Und wenn ich beobachte, wie leidenschaftlich darum gerungen wird, daß im Umgang mit Personendaten die nötige Diskretion gewahrt wird, und wenn ich gleichzeitig erlebe, wie solche Akten bestimmten Magazinen offensichtlich ganz selbstverständlich ausgehändigt werden, dann halte ich das gelinde gesagt für einen Riesenskandal.

Nun zu den Parteispenden. Schon wird ganz offen gefragt, ob dieser Staat nicht doch käuflich ist. Da frage ich mich wirklich: Wo leben wir denn eigentlich? Ich

selbst bin jetzt fast 30 Jahre in der Partei tätig, ich war auch Parteivorsitzender auf allen Ebenen. Ich habe das Spendersystem, das bis Ende der siebziger Jahre praktiziert wurde, nicht erfunden; es ist ja auch nie angezweifelt worden. Wir sind damals zu vielen Mitbürgern gegangen und haben sie gebeten, uns Spenden zu geben bei Kommunalwahlen, bei Landtagswahlen, bei Bundestagswahlen. Mit diesen Spenden war niemals eine irgendwie geartete Auflage verbunden. Hier haben Spender uns und den anderen demokratischen Parteien geholfen.

Der langjährige Präsident der Deutschen Bundesbank, Karl Klasen, hat in einem Brief an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr dieses Jahres dargelegt, daß er bei vielen Firmen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, der er seit seiner Jugend angehört, gesammelt hat und daß er es für richtig gehalten habe, daß die Wirtschaft nicht nur nach der einen Seite hin Spenden gegeben hätte. Klasen erwähnt dann die Spenden der Gewerkschaften, der Neuen Heimat und anderer Organisationen. Wenn ich dann heute lese, daß ein führender Gewerkschafter sagt, dieser Staat sei möglicherweise doch käuflich, dann fordere ich ihn auf, einmal offen zu sagen, inwieweit seine Industriegewerkschaft in den letzten 20 Jahren der Deutschen Sozialdemokratie Spenden gegeben hat. Auch das gehört in das Bild.

Was soll also die einseitige Aufregung? Die demokratischen Parteien haben eine staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen gehabt, einen Auftrag nach Artikel 21 des Grundgesetzes. Man kann uns mit Recht den Vorwurf machen — den mache ich mir auch selbst als Parteivorsitzender —, daß wir die notwendigen Klarstellungen zu spät vorgenommen haben.

In diesem Zusammenhang erinnere ich allerdings daran, daß ich bereits 1975, zwei

# ■ PARTEI

## Generalsekretär Heiner Geißler hat vor dem Bundesvorstand der CDU und anschließend vor der Presse den Antrag des Bundesvorstands (siehe gelber Teil) wie folgt begründet:

1. Der Antrag des Bundesvorstands enthält die Empfehlung an die Bundestagsfraktion, als Konsequenz aus den Vorgängen der vergangenen Wochen die „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages“ neu zu fassen, zu erweitern und verbindlich zu machen.

Die Partei und weite Teile der Bevölkerung befinden sich durch die Spendenpraxis des Flick-Konzerns und durch den Rücktritt des früheren Bundestagspräsidenten Rainer Barzel und durch die laufenden Gerichtsverfahren wegen Steuerhinterziehung durch Spenden an politische Parteien in einem Zustand großer Verunsiche-

rung. Wir haben eine Vertrauenskrise gegenüber den Parteien und den parlamentarischen Institutionen.

Die Vertrauenskrise drückt sich in der Frage aus, ob die Bürger auf die Integrität, Unbestechlichkeit und Unabhängigkeit der politischen Institutionen und der handelnden Personen vertrauen dürfen. Objektiv gesehen kann man dies mit einem klaren Ja beantworten. Aber subjektiv-psychologisch sind die Politiker und die Parteien durch die genannten Ereignisse in einen Verdacht geraten, und zwar in einen falschen Verdacht, der sich aber in den Köpfen sehr vieler Menschen festgesetzt hat.

2. Die Mitglieder erwarten daher von uns, von der politischen Führung, daß wir sie aus dieser defensiven Situation herausführen. Sie selber können es ja nicht tun. Wir haben dazu mehrere Schritte unternommen, die auch erfolgreich gewesen sind.

a) Zunächst ist die Aufklärung und Information über die eigentlichen Sachverhalte voll gelungen. Drei Sachverhalte müssen klar unterschieden werden:

1. Für die Steuerbefreiung nach § 6b Einkommensteuergesetz im Jahre 1976 in Verbindung mit § 4 Auslandsinvestitionsgesetz zugunsten des Flick-Konzerns in Höhe von 850 Millionen DM trägt allein die damalige Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt die politische und rechtliche Verantwortung.

(Fortsetzung von Seite 2)

Jahre nach meiner Wahl zum Vorsitzenden der CDU, die ersten Gespräche mit dem SPD-Schatzmeister Alfred Nau und anderen geführt habe, um eine gesetzliche Regelung zu erreichen, die wir jetzt endlich, weil wir die Mehrheit im Bundestag hatten, zum 1. Januar dieses Jahres eingereicht haben. Ich habe mindestens ein Dutzend Gespräche mit führenden Persönlichkeiten der anderen Parteien geführt. Eine klare gesetzliche Regelung ist doch nicht an uns, sondern am Einspruch der Sozialdemokraten gescheitert. Wir haben doch 1978, als sich die Dinge überhaupt nicht bewegt hatten, Ernst Albrecht gebeten, in Karlsruhe eine Entscheidung zu erwirken. Wir haben diese Entscheidung dann selbstverständlich respektiert.

Die CDU war an diesen Entscheidungen nicht beteiligt.

**2.** Die private Gutachtertätigkeit von Dr. Rainer Barzel lag in seiner persönlichen Verantwortung. Die CDU bekundet Rainer Barzel für seine Haltung, die er in seiner Verantwortung für Staat und Union durch seinen Rücktritt gezeigt hat, Respekt.

**3.** Zu den Spenden an SPD, CDU, CSU und FDP stellt die CDU folgendes fest:

*„Spenden an politische Parteien sind weder verboten noch moralisch bedenklich. Sie sind verfassungspolitisch erwünscht und unentbehrlich, wenn die Staatsunabhängigkeit der Parteien gewahrt bleiben soll. Durch die Zuwendung einer Spende an eine Partei macht der Bürger von seinem Recht auf politische Teilhabe Gebrauch.“* (Sachverständigenkommission des Bundespräsidenten zur Neuordnung der Parteienfinanzierung)

**b)** Wir erwarten von der SPD, daß sie von sich aus klarmacht:

**1.** Die SPD-geführte Bundesregierung trägt Verantwortung für die 6b-Entscheidung.

**2.** Die SPD klärt die Rolle führender SPD-Politiker, wie Helmut Schmidt und Willy Brandt, bei der Steuerbefreiung zugunsten des Flick-Konzerns auf.

**c)** Wichtig ist aber vor allem, daß wir die Partei auch politisch-moralisch aus der Defensive herausbringen. Es geht darum, die Unabhängigkeit und Sachgerechtigkeit politischer Entscheidungen über jeden Verdacht erhaben sicherzustellen. Dazu hat die CDU einen ersten Schritt durchgesetzt:

**1.** Das neue Parteiengesetz ist das Ergebnis der Initiative der CDU und vor allem des Parteivorsitzenden, der seit 1975 auf Neuregelung gedrängt hat. Dessen Kennzeichen sind Transparenz und

staatspolitische Anerkennung und damit Steuerabzugsfähigkeit der Spenden.

**2.** Wir brauchen aber einen entsprechenden zweiten Schritt, der die Unabhängigkeit der Mandatsträger, auch hinsichtlich ihrer Einkommensverhältnisse, sicherstellt.

## Wie ist die Diskussionslage?

Das Thema liegt auf dem Tisch, und es wird uns auch nicht verlassen. Ich halte es für besser, das Volk diskutiert einen Vorschlag der CDU als über Vorschläge der anderen, denen wir dann hinterherlaufen. Mit anderen Worten: Wir brauchen die Meinungsführerschaft der CDU in der Beiseitung der Vertrauenskrise. Die Leute verbitten sich mit Recht, daß nur leeres Stroh gedroschen wird. Wir müssen jetzt das Richtige machen, sonst machen andere etwas mit uns. Die Leute, die unten den Kopf hinhalten, müssen argumentative Unterstützung aus Bonn bekommen. Für die Unabhängigkeit der Mandatsträger, was ihre Einkommen anbelangt, gibt es im Grunde genommen zwei Wege:

**a)** Der eine Weg besteht darin, mögliche Interessenkonflikte durch repressive Regelungen, also Verbote, im Sinne von „wirtschaftlicher Unvereinbarkeitsregeln“ sicherzustellen, wie dies z.B. für Bundesminister gilt. Im empfehle diesen Weg für das Parlament nicht, weil er dazu führen würde, daß freie Berufe, Unternehmer usw. im Parlament nicht mehr vertreten wären und die Repräsentation einer Volkspartei im Parlament nicht mehr sichergestellt wäre.

**b)** Der andere Weg besteht darin, die Interessenkonflikte durch Offenlegung in den Griff zu bekommen. Der Weg ist in den Vereinigten Staaten und Kanada eingeschlagen worden.

## Dazu folgende Bemerkung:

a) Offenlegung muß nicht unbedingt Öffentlichkeit heißen. Hier sollte der Gedanke des Bundespräsidenten, einen Ehrenrat einzusetzen, aufgegriffen werden, demgegenüber die Offenlegung erfolgen könnte. Er sollte aus Mitgliedern des Bundestages bestehen.

b) Berufliche Verschwiegenheitspflichten, insbesondere der Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, müssen berücksichtigt werden, ebenso möglicherweise gesellschaftsrechtliche, handelsrechtliche, steuerrechtliche und arbeitsrechtliche Gesichtspunkte unter dem Kriterium des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen und der Verhütung von Mißbrauch auf dem Gebiet des unlauteren Wettbewerbs.

Ich mache darauf aufmerksam, daß wir mit diesem Vorschlag in der Tradition der CDU/CSU-Fraktion stehen.

Abgesehen davon, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon 1974 den Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes eingebbracht hat, der die Bestechung von Angehörigen der gesetzgebenden Gewalt in Bund und Ländern unter Strafe stellen sollte, hat der Parlamentarische Geschäftsführer, der Bundestagsabgeordnete Kunz, 1976 bei der Diätenerhöhung im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgendes gesagt:

*„Der Sonderausschuß konnte in dem vorliegenden Entwurf keine ausgereiften gesetzlichen Vorschriften gegen unzulässige Beraterverträge vorlegen. Es geht auch nicht nur um Beraterverträge, sondern beispielsweise auch um Scheinanstellungen und ähnliches. Es geht um denkbare Zahlungen verschiedenster Form und Art, die eine Vergütung, wie ich es nennen möchte, für den Verkauf politischen Ein-*

*flusses, politischer Machtausübung darstellen, um Vergütungen, die unvereinbar mit der Unabhängigkeit des Abgeordneten sind. Diese Problematik ist nicht so sehr von quantitativer Bedeutung, sie ist aber von höchster grundsätzlicher Bedeutung, und gerade das Ansehen des Parlaments verlangt eindeutige Regelungen.“*

*... Es gibt hier keine Resignation und auch kein Achselzucken. Geeignete, der Vielzahl nicht völlig auszuschließender möglicher Fallgestaltungen gerecht werdende Vorschriften können bei weiteren eingehenden Beratungen sehr wohl gefunden werden. Dies kann aber nicht mehr Aufgabe des Sonderausschusses des 7. Deutschen Bundestages sein, der 8. Deutsche Bundestag hat hier eine vordringliche Aufgabe. Die CDU würde es für unerträglich halten, wenn nicht alsbald zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine Lösung erarbeitet werden würde. Es geht nicht an, lediglich das, was das Bundesverfassungsgericht als Beamtenprivilegien bezeichnet, zu beseitigen, nicht jedoch mit gleicher Entschiedenheit gegen sogenannte Beraterverträge und gegen Scheinanstellungen, die eben leider nicht völlig undenkbar sind, vorzugehen.“*

Es ist mehrfach argumentiert worden, das Beispiel der Vereinigten Staaten könne nicht auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen werden, weil dort in der Bevölkerung eine andere Einstellung gegenüber Geldverdienen und hohen Einkommen bestünde. Dies ist z. T. sicher richtig, aber sowohl im Repräsentantenhaus wie im Senat hat es wegen der Lösung in Amerika wegen des Ethics in Government Act 1978, der als die zentrale Rechtsquelle des wirtschaftlichen Unvereinbarkeitsrechts für Organe der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit auf Bundesebene gilt, heftige Diskussionen gegeben. Aber beide Volksvertretungen hatten die innere Kraft, für sich selber Regeln zu verabschieden, die die Abhängig-

keit von politischem Mandat und wirtschaftlichen und anderen Interessen auszuschließen geeignet sind.

Es kann für mich auch kein Zweifel bestehen, daß eine substantielle Verbesserung der Verhaltensregelungen der Abgeordneten im Zusammenhang steht mit der Diätenfrage. Je klarer die eine Problematik gelöst ist, desto überzeugender kann der Bundestag eine Entschädigungsregelung treffen, die allen Abgeordneten, nicht nur denen mit Nebeneinkünften, die wirtschaftliche Unabhängigkeit sichert. Hier ist ein unmittelbarer Zusammenhang gegeben.

Darüber hinaus haben wir auch verfassungsrechtlich Anlaß, einen Schritt nach vorne zu tun. Im Leitsatz 5 des Diätenurteils des Bundesverfassungsgerichtes hebt das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich hervor, daß Artikel 48 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 38 Absatz 1 GG, gesetzliche Vorkehrungen dagegen verlangt, daß Abgeordnete Bezüge aus einem Angestelltenverhältnis, aus einem so genannten Beratervertrag oder ähnlichem ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten nur deshalb erhalten, weil von ihnen im Hinblick auf ihr Mandat erwartet wird, sie würden im Parlament die Interessen des zahlenden Arbeitgebers, Unternehmers oder der zahlenden Großorganisation vertreten und nach Möglichkeit durchzusetzen versuchen. Einkünfte dieser Art sind mit dem unabhängigen Status der Abgeordneten und ihrem Anspruch auf gleichmäßige finanzielle Ausstattung in ihrem Mandat unvereinbar. Das Bundesverfassungsgericht verlangt eine gesetzliche Regelung.

Schließlich können wir die Leistungen der Bundesregierung nur offensiv und wirksam dem Bürger gegenüber deutlich machen und in das Bewußtsein bringen, wenn wir auf dem anderen Gebiet klar Schiff machen.

## ■ INFORMATION

### **Stoltenberg: Rückgabe der Investitionsabgabe an alle**

Das Bundeskabinett hat die Absicht des Bundesfinanzministeriums begrüßt, die vom Bundesverfassungsgericht für grundgesetzwidrig erklärte Investitionshilfeabgabe an alle zurückzuzahlen.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg sagte nach der Kabinettsitzung vor der Presse, sein Ministerium werde dem Finanz- und Steuerausschuß so bald wie möglich einen Gesetzentwurf zuleiten, der die Rechtsgrundlage schaffe für die Rückzahlung der von Besserverdienenden erhobenen Investitionszulage auch an diejenigen, die keinen Einspruch gegen die Abgabe erhoben hätten.

Stoltenberg bestätigte, daß eine Kommission von Steuer- und Finanzexperten der Regierungskoalition gebildet worden sei, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gründlich studieren und überprüfen solle, weil es eine grundlegende neue Definition des gesamten Steuer- und Abgabenrechts des Bundes beinhalte. Erst dann könnten Folgediskussionen geführt werden, sagte der Minister auf die Frage, ob in der Koalition nun die Einführung einer Ergänzungsabgabe erwogen werde.

### **Die Soziale Marktwirtschaft erneuern**

Am 22. und 23. November 1984 veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn einen sozialpolitischen Kongreß mit dem Thema: „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern — Soziale Sicherung, Vermögen, Familie“. Es sprechen u.a. die Bundesminister Stoltenberg, Geißler und Blüm. Anmeldungen sind zu richten an die Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Postfach 1365, 5047 Wesseling-Eichholz.

# Glückwünsche für Ronald Reagan

**Der Bundeskanzler sandte an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, folgendes Telegramm:**

„Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Ron,

*zu Ihrem überzeugenden Wahlerfolg sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Bestärkt durch den klaren Vertrauensbeweis der amerikanischen Bevölkerung können Sie das vor vier Jahren begonnene Werk zum Wohl Ihres Landes und im Interesse der Sicherung des Friedens und der Freiheit mit neuer Kraft fortsetzen.*

*Ich freue mich auch persönlich auf die Fortsetzung unserer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit auf der Basis unverbrüchlicher Freundschaft zwischen unseren Völkern. Als Partner im Atlantischen Bündnis weiß ich mich mit Ihnen einig in dem Bemühen, den Gedanken der Freiheit zu stärken und mit Festigkeit und Dialogbereitschaft alles für die Erhaltung des Friedens Erforderliche zu tun.*

*Für Ihr verantwortungsvolles Amt wünsche ich Ihnen auch weiterhin viel Erfolg und Gottes Segen.“*

*Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages beglückwünscht das befreundete amerikanische Volk zu dem klaren Wahlsieg von Präsident Ronald Reagan. Dieser Erfolg beruht nicht nur auf der großen persönlichen Ausstrahlung des amerikanischen Staatsmannes, seiner hohen Führungsqualität und Integrationskraft, sondern es ist das Ergebnis einer in vielen Bereichen geradezu spektakulären Erfolgsbilanz der vergangenen vier Jahre, erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger.*

*Die CDU/CSU begrüßt es, daß die amerikanische Politik der nächsten Jahre von starker und besonnener Hand geführt wird. Dies wird den Zusammenhalt des Atlantischen Bündnisses stärken und neu beleben. Es wird auch dazu führen, daß im Dialog mit dem Osten ein neues Kapitel eröffnet werden wird. Und nicht zuletzt verbessert der Wahlsieg von Präsident Ronald Reagan die Möglichkeiten für einen engen und vertrauensvollen transatlantischen Dialog zwischen Amerikanern und Europäern, der alle aktuellen Themen wie z.B. die Gefahr protektionistischer Tendenzen und das Problem des freien Technologietransfers zwischen den westlichen Industrieländern in freundschaftlichem Geiste lösen wird.*

## AUSBILDUNG

### Angebot noch einmal gesteigert

In der Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage zu den Ausbildungsleistungen des Bundes und der Unternehmen mit Bundesbeteiligung teilte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Anton Pfeifer, u. a. folgendes mit.

Der Rückgang der Ausbildungsleistungen des Bundes in den Jahren 1981 und 1982, der auf den Beschlüssen der vorigen Bundesregierung beruhte, hat sich 1983 nicht weiter fortgesetzt; das Jahr 1984 weist wieder eine aufsteigende Tendenz aus. Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze stieg gegenüber 1983 um rund 7,5% auf 29544 im Jahre 1984. Der Anteil der Ausbildung über Eigenbedarf erhöhte sich ständig und wird in diesem Jahr rund ein Drittel der Gesamtausbildung erreichen. Insgesamt werden im Bereich des Bundes rund 82000 Jugendliche ausgebildet. Der Bund wendet dafür jährlich rund 1,6 Milliarden DM auf.

Rechnet man die Anzahl der Auszubildenden in den Industriebetrieben mit maßgeblicher Bundesbeteiligung hinzu, so ergibt sich eine Gesamtzahl von rund 102000 Auszubildenden. Diese Entwicklung zeigt, daß die jetzige Bundesregierung nicht nur an die Wirtschaft appelliert, ihre Ausbildungsleistungen zu erhöhen, sondern in ihrem eigenen Verantwortungsbereich entsprechend handelt.

Zu den Erfolgen auf dem Lehrstellenmarkt schreibt der Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Bernhard Worms: 93 Prozent aller Ausbildungsplatzbewerber

hatten bis zum 30. September in Nordrhein-Westfalen einen Lehrvertrag abgeschlossen. In Zahlen ausgedrückt: 162071 junge Leute haben im größten Bundesland den ersten wichtigen Schritt ins Berufsleben erfolgreich absolviert. Die Steigerung gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 1983 betrug noch einmal sieben Prozent!

Die Zahlen zeigen auch: Das Panik-Orchester aus Sozialdemokraten, „Grünen“ und öffentlich-rechtlichen Besserwissern, das seit Monaten mit ständig neuen Katastrophenmeldungen junge Leute auf unverantwortliche Weise verunsichert hat, kann seine Instrumente einpacken. Unsere demokratische Gesellschaft ist zu großen Gemeinschaftsanstrengungen fähig. Arbeitgeber, Handel, Handwerk, Gewerkschaften gebührt für diese Anstrengung Dank.

### EVP und EUCD zu den Wahlen in Nicaragua

Die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) und die Europäische Volkspartei (EVP) hatten eine Delegation nach Nicaragua entsandt, die sich in der letzten Woche vor der Wahl über die aktuelle Situation informieren sollte.

Nach Rückkehr der Delegation erklärte Thomas Jansen, Generalsekretär der EUCD/EVP, daß die Entscheidung der in der Coordinadora Democratica zusammengeschlossenen Opposition, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, sich als richtig herausgestellt habe. Der vom Regime ausgeübte physische und psychische Druck, die Zensur und sonstige Beschränkungen erlaubten keine freie Wahl.

Das unter den gegebenen Umständen erzielte Ergebnis überrascht niemand; es bringt keine Lösung der bedrohlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes.

## KOMMUNALWAHL BADEN-WÜRTTEMBERG

# Lothar Späth: Die CDU hat sich unbestritten als stärkste Kraft erwiesen

„Die CDU hat sich bei den baden-württembergischen Kommunalwahlen unbestritten als stärkste politische Kraft erwiesen.“ Dieses Fazit zog der baden-württembergische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Lothar Späth am Freitag, 2. November, aus dem vorläufigen Endergebnis der Sitzverteilung bei der Wahl der Gemeinde- und Kreisräte.

Während die SPD, gemessen an ihrer 1980 erreichten Sitzzahl in den Gemeinden 5,1 % verloren habe, die FDP Verluste von 15,6 % und die gemeinsamen Wahlvorschläge Einbußen von 16,4 % hätten quittieren müssen, habe die CDU angesichts eines Minus von lediglich 0,3 % ihre herausragende Position unter den Parteien uneingeschränkt verteidigen können. Die Tatsache, daß auf den Listen der Freien Wählervereinigungen, die insgesamt 9 % mehr Sitze als 1980 erreichten, auch zahlreiche CDU-Mitglieder erfolgreich kandidiert hätten, verdeutlichten zusätzlich die dominierende Rolle der Union auch in den Gemeindeparlamenten.

Späth wies weiter darauf hin, daß die SPD bei den Gemeinderatswahlen mehr Sitze (minus 187) verloren habe als FDP (minus 52) und CDU (minus 18) zusammen. Bei einem Vergleich der Parteiergebnisse zeige sich zusehends, daß die CDU allein weitaus mehr Sitze (6532) gewonnen habe als SPD, Grüne und FDP zusammen (4265). Die CDU habe damit praktisch 60,3 % aller auf sämtliche Parteien entfallenden Sitze in den Kommunalparlamenten erlangt.

Ein ähnliches Bild hat nach den Worten

Späths auch die Wahl zu den 35 Kreisparlamenten Baden-Württembergs erbracht. Während die CDU 43,8 % der Sitze auf sich vereinigt habe, seien für SPD, Grüne, FDP und die anderen Parteien zusammen lediglich 36,2 % der Sitze registriert worden. Nehme man die gemeinsamen Wahlvorschläge und die Wählervereinigungen aus der Betrachtung heraus, so habe die CDU in den Kreistagen landesweit im Durchschnitt 54,8 % der auf die Parteien entfallenden Mandate errungen. Auch in den Kreistagen seien die Mandatsverluste der CDU trotz des erstmals landesweiten Auftrittens der Grünen mit 49 Sitzen wesentlich niedriger als die der SPD (minus 60 Sitze), obwohl, so Späth, „die CDU als weitaus stärkste Partei eigentlich vielmehr zu verlieren hatte als die weit unter der 30-Prozent-Marke operierende SPD“.

Die CDU hat nach den Worten ihres Landesvorsitzenden trotz schwieriger Rahmenbedingungen und des massierten Auftrittens der Grünen im Jahr 1984 zum dritten Mal ihre landespolitisch prägende Handlungs- und Überzeugungskraft unter Beweis gestellt. Nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl im März und dem hervorragenden Ergebnis bei der Wahl des Europaparlaments im Juni habe die Union nunmehr auch auf kommunaler Ebene ihre Spitzenposition behauptet. Sowohl in den Gemeinden als auch in den Kreisen präsentiere sich die Union nahezu doppelt so stark wie die größte Oppositionspartei, SPD. Die CDU Baden-Württembergs und die von ihr getragene Landesregierung setzen ihre zielsestrebige und an den Interessen des Allgemeinwohls orientierte Politik fort.

## ■ ARBEITSMARKT

### Die günstige Entwicklung hält an

**Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik war nach dem Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit im Oktober durch eine leichte konjunkturelle Besserung gekennzeichnet. Die positive Tendenz, die sich schon im September bemerkbar gemacht hatte, war auch im vergangenen Monat spürbar. So hat die Zahl der Arbeitslosen zwar leicht zugenommen, der Anstieg war aber niedriger als in allen Vergleichsmonaten seit mehr als zwanzig Jahren. Der Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl, der schon im September erkennbar war, hat sich im Oktober deutlich verstärkt.**

**B**esonders erfreulich ist die erneute Abnahme der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen. Sie ist um über 14 000 gegenüber dem Vormonat gesunken und liegt damit deutlich unter der Zahl im Vergleichsmonat des letzten Jahres.

Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Bundesregierung trägt nun endlich auch auf dem Arbeitsmarkt Früchte, erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Zink, zu der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Im Oktober 1982, beim Rücktritt Helmut Schmidts, stiegen die Arbeitslosenzahlen noch um 100 000, im Oktober vergangenen Jahres waren es nur noch 13 000, in diesem Oktober nur noch 1 000. Rechnet man die jahreszeitlichen Einflüsse heraus, ergibt sich im Oktober 1984 ein erfreulicher Rückgang der Arbeitslosenzahlen

um 24 000 gegenüber dem Vormonat. Abgerundet wird dieses positive Bild auch durch den langsam, aber stetigen Anstieg der Zahl der gemeldeten offenen Stellen und durch den starken Abbau der Kurzarbeit, die um 45,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres liegt.

Es zeigt sich, daß auch die Bemühungen der Bundesregierung um den Abbau der Arbeitslosigkeit bei besonderen Problemgruppen erfolgreich waren: Die Zahl der arbeitslosen Ausländer liegt um 11,2 Prozent unter der Zahl von Oktober 1983, eine Folge des von der Bundesregierung beschlossenen Rückkehrförderungsgesetzes. Und mit unseren intensiven Anstrengungen zur Überwindung der Lehrstellenknappheit und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben wir erreicht, daß die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren um mehr als 28 000 — das sind 15,1 Prozent — unter der Zahl vom Oktober 1983 liegt.

Zugenommen um rund 3 000 gegenüber dem Vormonat hat aber die Zahl der Arbeitslosen, die einen Teilzeitarbeitsplatz suchen. Dies ist ein Hinweis darauf, wie wichtig die rasche Verabschiedung der Regelungen zur Förderung der Teilzeitarbeit im Rahmen des von Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm vorgelegten Beschäftigungsförderungsgesetzes ist.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt beweist erneut, daß die christlich-liberale Koalition — anders als vorher die SPD geführten Bundesregierungen — Politik zum Nutzen der Arbeitnehmer macht. Nach der Aufwertung von Kaufkraft und Reallöhnen der Arbeitnehmer durch die niedrigen Preissteigerungsraten ist jetzt auch ein spürbarer Abbau der Arbeitslosigkeit in Gang gekommen — trotz der großen Zahlen von Berufsanfängern, für die wir aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten schaffen müssen.

## ■ NORDSEE-KONFERENZ

# Ein erster wichtiger Schritt zur Reinhaltung der Gewässer

Bereits im Juni 1980 hat der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen der früheren Bundesregierung ein umfangreiches Nordseegutachten vorgelegt. Danach ist die Umweltbelastung der Nordsee vor allem in bestimmten Küstenbereichen besorgniserregend. Die Schadstoffbelastung von Flüssen und Küstengewässern stellt einen der wesentlichsten Schmutzfaktoren dar. Gleichzeitig hat auch die Einleitung und Einbringung chemischer Abfälle und Klärschlamm einen beträchtlichen Umfang erreicht. Drei Jahre vergingen ungenutzt.

Erst die jetzige Bundesregierung hat im Januar 1983 gehandelt und mit den vorbereitenden Arbeiten für ein gemeinsames Konzept aller Nordseeanrainerstaaten zum Schutz der Nordsee begonnen. Zum 31. Oktober 1984 hat Bundesinnenminister Zimmermann alle zuständigen Minister der übrigen Norseeanrainerstaaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Schweden) und die EWG zu einer ersten Ministerkonferenz nach Bremen eingeladen. Dieser Konferenz sind umfangreiche und sehr schwierige Verhandlungen auf bilateraler und multilateraler Ebene vorausgegangen, insbesondere eine Staatssekretärskonferenz unter neuem Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger in Wilhelmshaven. Angesichts der schwierigen Ausgangslage ist es ein richtungsweisender Anfang, daß sich erstmals alle zuständigen Nord-

seeminister an einen Tisch gesetzt haben, um gemeinsame Konzeptionen und Strategien für einen dauerhaften Schutz der Nordsee zu erarbeiten und zu beschließen. Nach zähen Verhandlungen einigten sich alle Minister der Nordseeanrainerstaaten und die EWG auf eine gemeinsame Deklaration mit konkreten Maßnahmen zum Schutz der Nordsee. Damit wurde erstmals eine Grundlage geschaffen für eine gemeinsame Politik zur Erhaltung der Nordsee. Folgende Beschlüsse sind besonders hervorzuheben:

1. Die Schadstoffeinträge, die von Flüssen und Küstengewässern kommen und einen der Hauptschmutzfaktoren der Nordsee darstellen, werden weiter verringert. Dazu sollen bereits 1985 in den zuständigen internationalen Gremien zusätzliche, weitergehende Regelungen verabschiedet werden.

2. Um den Schadstoffeintrag über die Atmosphäre in gleicher Weise erheblich zu reduzieren, sind gemeinsame Initiativen aller Nordseeanrainerstaaten und der EWG ebenfalls schon für 1985 vorgesehen.

3. Schädliche Abfälle und Klärschlamm sollen in Zukunft kontrolliert an Land und nicht in der Nordsee beseitigt werden. Bei dieser Frage gab es erheblichen Widerstand, insbesondere von Frankreich, Großbritannien, Belgien, Niederlande und Norwegen, die aufgrund ihrer jetzigen nationalen Politik sich nicht in der Lage sahen, weitergehende internationale Schritte mitzutragen. Es konnte daher auch keine Aussage zu Titandioxid getroffen werden. Hier hat die Bundesrepublik Deutschland bereits erhebliche Fortschritte erzielt.

Ende dieses Jahres wird bei uns die Einbringung von Grünsalz, spätestens bis Ende 1989 die Verklappung von Abfällen aus der Titandioxidproduktion beendet. Mit Hilfe abfallärmer Produktionsverfahren sind wir bereits 1986 in der Lage, die Menge der als Abfall anfallenden Dünnsäure von 450000 t auf 250000 t zu verringern. Die Bundesrepublik Deutschland wird somit ab 1989 keine derartigen Abfälle mehr einbringen.

**4. Der Schutz des Wattenmeeres** verdient auch nach Auffassung der anderen Anrainer höchste Aufmerksamkeit. Dies ist ein wichtiges Zugeständnis, da erst auf unser Betreiben dieses so lebenswichtige Naturreservat in Deutschland und Dänemark zum Thema der Konferenz und damit zum Thema auch für andere gemacht wurde.

**5. Ein wichtiger Fortschritt** ist uns bei der Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch **Schiffe** gelungen. Die Einleitung von Öl und Chemikalien soll spürbar gesenkt werden. Ein umfangreiches System von Auffanganlagen, insbesondere für Rückstände und Gemische von ölhaltigen und schädlichen flüssigen Abfällen, ist bereitzustellen. Bereits nächstes Jahr wollen wir bei der zuständigen internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) erreichen, daß hierfür auch internationale verbindliche Regelungen in Kraft treten.

Ein grundsätzliches Einleitungsverbot von Öl und Chemikalien konnten wir auf dieser Konferenz noch nicht erreichen. Nach schwierigen Verhandlungen und dank der großartigen Unterstützung der deutschen Position durch Schweden und Dänemark ist es jedoch gelungen, die Nordseeanrainerstaaten — im Hinblick auf eine mögliche Initiative zur Erklärung der Nordsee zum **Sondergebiet** — zu verpflichten, die Auswirkungen der bestehenden Regelungen (MARPOL 73/78) zum Zustand der Nordsee zu überwachen und spätestens — in etwa 2 Jahren — auf der zweiten Internationalen Nordseeschutzkonferenz über diese bedeutsame Frage zu ent-

scheiden. Damit ist der Kurs zum Schutz der Nordsee vorgegeben. Der Widerstand Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande und Norwegens ließ auf dieser ersten Konferenz keine weitergehende Lösung zu.

**6. Ein entscheidender Durchbruch** ist beim Transport **radioaktiver Stoffe** gelungen. Ein Meldepflichtsystem für Schiffe, die gefährliche Ladungen einschließlich radioaktiver Stoffe transportieren, wird eingeführt.

**7. Ebenfalls** sind wir im Bereich der Ölverschmutzung von **Bohrplattformen** entscheidend weitergekommen. Verbesserte technische Einrichtungen und Umweltschutzbeauftragte sollen Öleinleitungen von Plattformen entgegenwirken.

**8. Die Zusammenarbeit** bei der weiträumigen **Überwachung** der Nordsee aus der Luft wollen wir verstärken. Luftüberwachungsgeräte werden entwickelt und verbessert — ich möchte hier nur an den Einsatz von BGS-Hubschraubern und Marineflugzeugen erinnern —, um Ölsünder sofort zu entlarven und ihre Verstöße ahnden zu können.

**9. Das bestehende gemeinsame Meß- und Überwachungsprogramm** wird fortentwickelt, die Errichtung einer gemeinsamen **Umweltdatenbank** in Erwägung gezogen.

Ohne die deutsche Initiative wären wir heute im Bemühen um eine saubere Nordsee noch keinen Schritt weiter. Die in harren Verhandlungen durch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann erreichten Ergebnisse sind das Optimum, was derzeit international durchsetzbar ist. Utopien und Wunschträume helfen der Nordsee nicht. Nur gemeinsames Vorgehen aller, wie jetzt erfolgreich praktiziert, gibt der Nordsee eine Chance, die wir mit der in etwa zwei Jahren beschlossenen Folgekonferenz weiter nutzen werden. Alle Nordseeanrainer, auch Großbritannien als Veranstalter der zweiten Nordseeschutzkonferenz, stehen jetzt unter Erfolgldruck.

# ■ DEUTSCH-FRANZÖSISCHES GIPFELTREFFEN

## Weiterer Abbau der Grenzkontrollen

**A**m 29. und 30. Oktober 1984 fanden in Bad Kreuznach die 44. deutsch-französischen Konsultationen statt. Zum Abschluß des Gipfeltreffens mit Staatspräsident François Mitterrand wies Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Presse unter anderem auf das denkwürdige Treffen zwischen Präsident de Gaulle und Konrad Adenauer hin, das 1958 am gleichen Ort stattgefunden hatte und schließlich zum Elysée-Vertrag, dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag geführt hat.

**D**ie deutsch-französische Freundschaft ist nach den Worten von Helmut Kohl heute eine Selbstverständlichkeit geworden: „Das schließt nicht aus, daß wir in ganz konkreten Sachfragen auch unterschiedliche Meinungen vertreten. Aber die Übereinstimmung in weiten Feldern der politischen Entscheidung ist unübersehbar.“

So haben Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand mit Befriedigung den Bericht ihrer persönlichen Beauftragten zum Stand der Verwirklichung des deutsch-französischen Abkommens vom 13. Juli 1984 über Erleichterungen der Grenzkontrollen zur Kenntnis genommen. Sie haben insbesondere die schnelle und erfolgreiche Durchführung folgender Maßnahmen unterstrichen:

- die Einführung eines vereinfachten Verfahrens des Grenzübergangs mit Sichtkontrolle ohne Wartezeit,
- die Einrichtung von gemeinsamen Grenzkontrollstellen,

— die Intensivierung der Zusammenarbeit der Polizei- und Zolldienststellen beider Länder.

Der Bundeskanzler und der französische Staatspräsident haben ferner die im gemeinsamen Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen gebilligt, so beispielsweise:

- die Zusammenlegung weiterer 12 Grenzkontrollstellen,
- die Anhebung der Freigrenzen und Freimengen für Waren zur Erleichterung im Reiseverkehr,
- die Erleichterung der Kontrollen für Lkw und Autobusse,
- die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Justiz- und Polizeibehörden beider Länder,
- die Harmonisierung der Visabestimmungen.

Mit Blick auf die vollständige Abschaffung aller Personen- und Warenkontrollen an der gemeinsamen Grenze begrüßten sie die eingeleiteten Schritte zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften, die den Grenzkontrollen zugrunde liegen. Sie erteilten den Auftrag, die notwendigen weiteren Maßnahmen sofort in die Wege zu leiten.

## Kein Vizepräsident für DIE GRÜNEN

Ein Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, die Anzahl der Stellvertreter des Präsidenten auf fünf festzulegen und diesen fünften Vizepräsidenten der Fraktion DIE GRÜNEN zuzusprechen, wurde vom Bundestag mit großer Mehrheit abgelehnt.

## ■ STÄDTEBAU

### Änderung des Gesetzes kommt den Gemeinden zugute

Der Bundestag hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP der Änderung des Städtebauförderungsgesetzes zugesimmt. SPD und Grüne stimmten dagegen. Das Gesetz, das zum Januar 1985 in Kraft treten soll, fand auch im Bundesrat eine Zustimmung.

Das Gesetz gibt den Gemeinden bei Städtebauförderungsgesetzes zugesimmt. Das Gesetz, das zum Januar 1985 in Kraft treten soll, fand auch im Bundesrat eine Zustimmung.

Das Gesetz gibt den Gemeinden bei Städtebauförderungsgesetzes zugesimmt. Das Gesetz, das zum Januar 1985 in Kraft treten soll, fand auch im Bundesrat eine Zustimmung.

- in geeigneten Fällen ein vereinfachtes Verfahren ohne besonderes Bodenrecht zu wählen;
- die Aufstellung von Bebauungsplänen auf die Fälle zu beschränken, wo dies nach allgemeinen Vorschriften erforderlich ist;
- die Genehmigungspflicht für Vorhaben und Rechtsvorgänge auf die für die Sanierung wesentlichen Fälle zu beschränken sowie
- auf die Erhebung von Ausgleichsbeträgen in Fällen geringfügiger Bodenwerterhöhung zu verzichten.

Bundesminister Schneider sagte u.a.: Die Novelle zum Städtebauförderungsgesetz wird neue Impulse für die Lösung der städtebaulichen Aufgaben bringen. So wohl für die bereits laufenden als auch für die künftigen Sanierungsmaßnahmen werden die Verfahrensregelungen erheblich vereinfacht.

Die Novelle enthält zwar nur wenige Änderungen; ihre Wirkungen sind jedoch weit-

reichend. Die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden werden erweitert, ihre politische Verantwortung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen wird deutlich gestärkt.

Die Bundesregierung hat die Gesetzesnovelle unterstützt, weil die vorgesehenen Verfahrensleichterungen dazu beitragen werden, daß die Zukunftsaufgaben der Städtebauförderung besser gemeistert werden können. Für die Bundesregierung hat die Städtebauförderung einen hohen Stellenwert; er wird auch daran deutlich, daß die Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung im Entwurf des Bundeshaushaltspans 1985 erneut um 40 Millionen DM auf jetzt insgesamt 320 Millionen DM angehoben worden sind.

### Europäisches Parlament: Hilfe für El Salvador

Das Europäische Parlament hat die EG-Kommission aufgefordert, unverzüglich drei Millionen ECU (1 ECU = 2,25 DM) für El Salvador als Soforthilfe zur Linderung des Flüchtlingslends und als Beitrag zum Wiederaufbau der durch den Bürgerkrieg zerstörten Infrastruktur des mittelamerikanischen Landes zur Verfügung zu stellen. Das Parlament folgte damit einer entsprechenden Initiative des Trierer CDU-Europaabgeordneten Horst Langes, des Sprechers der EVP-Fraktion für Lateinamerika-Fragen. Er bezog sich auf eine Äußerung des EG-Finanzkommissars Tugendhat vom 10. Oktober, daß mehr als ein Drittel der für EG-Entwicklungshilfe 1984 zur Verfügung stehenden Gelder noch nicht ausgeteilt werden konnte. Um den friedlichen Weg der Versöhnung des Volkes von El Salvador zu unterstützen, müsse die Gemeinschaft ihr finanzielles Embargo gegen dieses Land aufheben, forderte Langes.

## ■ BUNDESTAG

# Philip Jenninger: Dieser Staat verdient das Vertrauen seiner Bürger

**D**er Bundestag hat am Montagnachmittag in einer extra einberufenen Sitzung auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion Dr. Philipp Jenninger zum neuen Bundestagspräsidenten gewählt. Diese Wahl wurde notwendig, nachdem der zu Beginn der Legislaturperiode als Präsident gewählte Dr. Rainer Barzel am 25. Oktober sein Amt als Präsident des Deutschen Bundestages „zur Verfügung“ gestellt hatte. Philipp Jenninger gehört dem Bundestag seit 1969 an. Er war von 1973 bis 1982 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion und seit dem 4. Oktober 1982 Staatsminister beim Bundeskanzler.

**B**ei der Wahl mit verdeckten Stimmkarten wurden 471 Stimmen abgegeben. Für Dr. Jenninger votierten 340 Abgeordnete, 105 stimmten mit Nein, 24 enthielten sich der Stimme, und zwei Stimmzettel waren ungültig.

In seiner Antrittsrede hat der neu gewählte Bundestagspräsident für das ihm entgegengebrachte Vertrauen gedankt. Er bat alle Abgeordneten um Unterstützung und kollegiale Zusammenarbeit und betonte, daß er sich um eine gerechte und unparteiische Amtsführung bemühen werde. Wörtlich sagte Philipp Jenninger:

Ich danke für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben. Denjenigen unter Ihnen, die eine andere Entscheidung getroffen haben, gilt mein voller Respekt. Alle aber bitte ich Sie um Unterstützung

und kollegiale Zusammenarbeit. Ich werde mich um eine gerechte und unparteiische Amtsführung bemühen und will für jedes Mitglied dieses Hauses da sein — unabhängig davon, ob Sie mich gewählt haben oder nicht.

Ich übernehme das Amt des Präsidenten des Deutschen Bundestages mitten in der laufenden Legislaturperiode. Ich übernehme diese Aufgabe auch deshalb gern, weil ich unser Land liebe und weil unser Staat — die freiheitlichste Republik, die es je auf deutschem Boden gab — es wert ist, für ihn zu arbeiten. Der Erste in diesem Haus zu sein, bedeutet für mich nicht besondere Würde und Glanz, sondern vorbildliche Arbeit und Dienst für unser Volk. Unsere freiheitliche Demokratie lebt vom Engagement aller Bürger, und sie lebt von dem besonderen Dienst derer, die vom Volk gewählt sind und die ihre Aufgabe mit Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß erfüllen sollen. Mit besseren Worten hat dies einmal Theodor Heuss, der erste Präsident unserer Republik, ausgedrückt: „Demokratie stirbt als Institution wie als Lebensgesinnung an dem ‚Ohne-Mich‘. Sie lebt aus dem ‚Mit-Mir‘ und dieses ‚Mit-Mir‘ buchstabiert weiter ‚Mit-Dir‘.“ Konrad Adenauer hat es so formuliert: „Demokratie kann man nicht allein mit noch so ausgeklügelten Gesetzen verwirklichen. Sie sind nur eine Voraussetzung. Demokratie ist vor allem eine Frage des Verhaltens der Menschen, ihres persönlichen Verhaltens zueinander und ihres Verhaltens zum Staat. Demokratie muß gelebt werden.“

Wir alle sind gefordert aus der Vergangenheit und der Gegenwart heraus, die Zukunft zu gestalten. Sie wird entscheidend davon bestimmt werden, ob es uns gelingt, fünf große Aufgaben zu bewältigen,

- den Frieden zu sichern und zu erhalten
- die Arbeitslosigkeit abzubauen
- die technologische Entwicklung zu beherrschen
- eine gesunde Umwelt wieder herzustellen und zu bewahren
- und der Dritten Welt Hilfe zur Selbsthilfe zukommen zu lassen.

Nach meiner Überzeugung handeln wir nur dann richtig, wenn wir dabei den Menschen in den Mittelpunkt stellen mit den Grundwerten der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit und wenn wir unseren Auftrag im Geiste der Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen erfüllen.

In diesen Tagen stellen viele Bürger unseres Landes besorgt die Frage, ob Unabhängigkeit und Integrität unserer politischen Organe noch gegeben sind. Es herrschen da und dort Zweifel, ob die Politiker in ihrem Denken und Handeln auch immer das Wohl des Staates und der Bürger im Sinn haben. Wir alle sind an dieser Diskussion nicht unschuldig. Wir sollten deshalb auch alle mithelfen, daß diese Vertrauenskrise alsbald überwunden wird. Dabei darf nichts unter den Teppich gekehrt werden. Die Bürger wollen Klarheit, nicht Ausreden und Zank. Wir dürfen sie nicht enttäuschen. Menschen und Systeme haben ihre Mängel. Es wäre unredlich, das zu leugnen und so zu tun, als sei alles in bester Ordnung. Wo Fehler gemacht worden sind und gemacht werden, müssen diese rückhaltlos aufgeklärt und abgestellt werden; wo sich Mißtrauen ausgebreitet hat, muß Glaubwürdigkeit wieder hergestellt werden. Die Auseinandersetzung darüber sollten alle Beteiligten selbstkritisch, aber auch fair, offen, aber

auch intellektuell redlich führen. Nichts zerstört die Glaubwürdigkeit der Politiker erbarmungsloser als Heuchelei.

**Mein besonderer Appell geht in diesem Zusammenhang auch an unsere Medien. Wir fordern eine wahrheitsgemäße Berichterstattung und eine faire Kommentierung der Vorgänge. Auch unsere Medien tragen ein Stück Verantwortung, nicht nur für das Funktionieren, sondern auch für die Erhaltung unserer freiheitlichen Demokratie.**

Die kritische Begleitung unserer Arbeit durch die Medien ist in unserer Demokratie nicht nur unabdingbar, wir wollen sie auch. Aber die so viel beschworene Transparenz öffentlichen Lebens darf nicht zum Selbstzweck werden; und Berichterstattung darf nicht zu einem lukrativen Geschäft neuzeitlicher Massenunterhaltung degenerieren, indem sich einige anmaßen, Polizist, Staatsanwalt, Zeuge, Richter und Berufungsgericht in einem zu sein.

Ich bin ganz und gar gegen jene sehr deutsche Neigung, die Dinge zu dämonisieren. Man kann nicht das Fehlverhalten einzelner zur Staats- oder gar zur Systemkrise umfälschen. Ich bin für Reinigung und Konsequenzen dort, wo sie nötig sind. Aber ich bin gegen das Geraune von der „Götterdämmerung“ und gegen die zur Mode gewordene pauschale Infragestellung der Institutionen unseres freiheitlichen Rechtsstaates.

**Mit aller Kraft und Entschiedenheit müssen wir daher der Behauptung entgegentreten, Politik und Politiker dieser zweiten deutschen Republik seien käuflich.**

Dieses Gemeinwesen ist keine gekaufte Republik. Wir haben eine stabile Demokratie, die in aller Welt Ansehen und bei vielen Völkern Vertrauen und Freundschaft gewonnen hat. Die Grundrechte,

die Prinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, die Gewaltenteilung, auch das demokratische Mehrheitsprinzip und der Verzicht auf Gewalt sind und bleiben hervorragende Merkmale der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Staat verdient das Vertrauen seiner Bürger. Diese Demokratie muß uns zu schade sein, wegen Fehler einiger weniger verächtlich gemacht zu werden. Und dieses Parlament leistet viel zuviel an ernsthafter, harter und sachbezogener Arbeit, als daß wir uns die maßlose Karikatur einer Verschwörung von Geld und Politik aufnötigen lassen dürften.

Politik ist das Ergebnis eines vielfältigen Meinungsbildungsprozesses, über den sich niemand mit Geld bestimmenden Einfluß verschaffen kann.

Unser Land darf sich angesichts großer innen- und außenpolitischer Herausforderungen nicht paralysieren lassen von Vorfällen, die für unsere Ordnung eben nicht kennzeichnend sind, und wir, das Parlament, dürfen dies erst recht nicht.

Der unvergessene Carlo Schmid, viele Jahre Vizepräsident dieses Hauses, hat einst gesagt: „Wenn man in der Politik alles chemisch rein machen will, dann stirbt man am ersten Schnupfen.“

Ein Parlament ist sicherlich nicht zuvorderst eine moralische Anstalt und auch kein Ort, an dem alle sich unentwegt in Bekundungen ihres gegenseitigen Wohlwollens erschöpfen müssen. Aber ebenso richtig ist, daß sich die Bürger in uns, ihren gewählten Abgeordneten, auch in ihren Erwartungen an die moralische Dimension der Politik vertreten sehen wollen.

Welche Folgerungen ergeben sich für uns daraus?

**Wir dürfen nicht andere Maßstäbe predigen als wir für uns gelten lassen wollen.**

**Wir sind als unmittelbar vom Volkswillen legitimierte Abgeordnete in diesem Haus, um unserem Volk zu dienen. Wir kommen nicht primär hierher, um zu verdienen. Es ist wahr — und darf ruhig ausgesprochen werden —, daß anderswo, in Verbänden, gesellschaftlichen Organisationen, in der Wirtschaft, in freien Berufen, im Bereich der Medien weitaus höhere Einkommen erzielt werden; aber das muß jeder wissen, bevor er sich um einen Sitz im Deutschen Bundestag bemüht.**

Das Kürzel „MdB“ hinter den Namen der Mitglieder dieses Hauses ist eine Auszeichnung. Wir machen die Gesetze; wir gestalten entscheidend die Innen- und Außenpolitik dieses Staates; wir bilden den institutionellen Mittelpunkt des politischen Lebens der Bundesrepublik Deutschland.

Wir erheben nicht den Anspruch, besser zu sein als andere. Der Deutsche Bundestag ist keine Versammlung von Säulenheiligen. Aber wir wollen auch nicht schlechter behandelt werden als andere. Das heißt: die Abgeordneten haben das gleiche Anrecht auf personale Würde, auf Intimsphäre, auf Datenschutz und auf Schutz vor öffentlicher Vorverurteilung wie jeder andere Bürger in unserem Land.

Die Parteien — und damit indirekt die Fraktionen des Deutschen Bundestages — sind auf die Unterstützung der Bürger, der gesellschaftlichen Organisationen und Unternehmungen angewiesen, wenn sie nicht zu vom Steuerzahler ausgehalteren Filialen des Staates werden sollen. Daran ist nichts Zwielichtiges! So will es auch das Parteiengesetz. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Ausführungen in dem Bericht der vom Bundespräsidenten berufenen Sachverständigenkommission erinnern, in dem zum Thema Parteienspenden ausdrücklich festgestellt wird:

„Angesichts gewisser Kontroversen in der Öffentlichkeit besteht Anlaß darauf hinzuweisen, daß Spenden an politische Parteien weder verboten noch moralisch bedenklich, sondern verfassungspolitisch erwünscht und geradezu unentbehrlich sind, wenn man an der Staatsunabhängigkeit der Parteien festhalten will. Dadurch, daß der Bürger einen Teil seines Einkommens als private Spende freiwillig den Parteien zuwendet, macht er von seinem Recht auf politische Teilhabe Gebrauch und erfüllt eine legitime staatspolitische Aufgabe. Im Prinzip sind Spenden deshalb nichts Ehrenrühriges, sondern Ausdruck einer anerkennenswerten politischen Betätigung.“ Aber diejenigen, die die Parteien unterstützen, dürfen sich nicht anmaßen, die Politik bestimmen zu wollen.

Was in diesem Zusammenhang bisher zutage gefördert wurde, ist — ungeachtet aller wichtigerischen Übertreibung — bedrückend. Die Vorstellung, Politiker oder politische Entscheidungen kaufen zu können, muß von uns unerbittlich zurückgewiesen werden; sie steht unserer politischen Ordnung feindlich gegenüber. Versuche dieser Art werden auch in Zukunft scheitern. Denn in unserer parlamentarischen Demokratie wird nichts vertuscht. Es ist ja gerade der Vorteil dieses Systems, daß es ohne Ansehen von Parteien und Personen die Kraft aufbringt, Klärung zu schaffen und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Ich möchte deshalb meinem Amtsvorgänger, unserem Kollegen Dr. Rainer Barzel, an dieser Stelle ausdrücklich meine Achtung und meinen Respekt vor seiner Entscheidung bekunden. Mit seinem Schritt hat er ein Zeichen für die Glaubwürdigkeit unserer Ordnung und für die Fähigkeit des demokratischen Systems gesetzt, sich selbst zu korrigieren.

Schließlich sollten wir alle der Versuchung widerstehen, aus Vorfällen, die bereits Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und der ordentlichen Gerichte sind, ohne Rücksicht auf die Folgen parteipolitische Vorteile ziehen zu wollen. Wir haben allen Grund, unseren Kollegen, die sich der schwierigen Aufgabe im 1. Untersuchungsausschuß stellen, zu vertrauen, daß sie gründliche und gute Arbeit leisten.

Bonn ist nicht Weimar. Wir würden aber auf diesen Weg geraten, wenn die Stoßrichtung nicht mehr tatsächlichen oder vermeintlichen Mißständen, sondern der Verächtlichmachung des demokratischen Systems selbst gilt. Solchen Anfängen ist zu wehren! Und wir sollten bedenken, daß maßlose gegenseitige Attacken am Ende nicht bloß den politischen Gegner, sondern das Parlament insgesamt und damit alle seine Mitglieder in Verruf bringen.

Mein aus Langenburg gebürtiger hohenlohischer Landsmann Karl Julius Weber hat in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein späteres Diktum Winstons Churchills vorweggenommen, als er schrieb: „Die vollkommenste Verfassung ist doch nur die, welche die wenigsten Fehler hat.“

Daran sollten wir bei unserer Arbeit denken. Was wir tun, ist nie vollkommen, aber den guten Willen sollten wir uns gegenseitig allzeit unterstellen. Fanatismus, Besessenheit und Kompromißlosigkeit sind dem Wesen der Demokratie fremd, die bei aller ihrer Unvollkommenheit immer noch weniger Fehler hat als alle anderen bekannten Staatsformen der Geschichte und der Gegenwart.

Wir haben eine Herausforderung, aber keine Krise der parlamentarischen Demokratie zu bestehen. Unser Parlament ist besser als sein Ruf, wenn auch noch nicht so gut, wie es sein könnte. Deshalb gestat-

ten Sie mir einige kurze Anmerkungen zur weiteren Arbeit in dieser 10. Legislaturperiode.

Wir haben hier vor einigen Wochen eine Debatte zur Stellung und Arbeit des Deutschen Bundestages, zum Selbstverständnis dieses Parlaments geführt. Das große Engagement des ganzen Hauses macht es mir zur Verpflichtung, der Arbeit der ad-hoc-Kommission „Parlamentsreform“, deren Vorsitz mir anvertraut ist, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bei diesem Bemühen, die Rolle des Souveräns zu stärken, hat sich mein Vorgänger durch eigene Initiative und tatkräftige Förderung von Anregungen aus der Mitte des Hauses Verdienste erworben, die wir nicht vergessen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich dem Kollegen Barzel überdies für seine stets faire, besonnene und untadelige Sitzungsleitung danken; ich will mich bemühen, seinem Beispiel zu folgen.

**Wir werden uns den bestehenden Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages zuzuwenden haben, um zu prüfen, ob der rechtliche Rahmen ausreicht, der die Unabhängigkeit der Abgeordneten sichert. Ich habe die Gewissheit, daß alle Fraktionen des Hauses hierzu bereit sind.**

Ich bin auch bereit zu prüfen, ob noch mehr Transparenz möglich und notwendig ist. Aber ich mache in diesem Zusammenhang aus meiner persönlichen Auffassung keinen Hehl: Ich will nicht den Abgeordneten mit den sogenannten „gläsernen Taschen“. Ich will den Abgeordneten nicht unter Ausnahmerechte stellen. Auch der Abgeordnete hat Anspruch auf Wahrung des Steuergeheimnisses. Der hohe moralische Anspruch, daß der Volksvertreter in seinem Gesamtverhalten nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln hat, läßt sich selbst durch beste Verhaltensregeln niemals sichern.

Wir sind der föderativen Grundstruktur unseres Staatswesens verpflichtet. Es ist

nicht gut, wenn der Bund seine Kompetenzen unbekümmert ausschöpft. Die Länder sind oft näher an den Problemen und benötigen ausreichenden Spielraum zu eigenverantwortlicher Gestaltung. Auch hier gilt: Konsens entsteht nur aus der Vielfalt der Interessen.

Wir sollten vermeiden, daß — bevor noch ein Gesetz verkündet ist — bereits die Novellierung desselben eingeleitet wird. Das Recht, das wir setzen, muß verlässlich sein, damit es Wirkungskraft entfalten kann.

Und schließlich: Nicht in der veröffentlichten Meinung und den Medien, nicht in der Exekutive, nicht in der Rechtsprechung, sondern hier, im Deutschen Bundestag, ist der Ort, wo die kritische Auseinandersetzung um den besten Weg der deutschen Politik stattzufinden hat; hier fallen die richtungweisenden politischen Entscheidungen. Das sind wir dem Bundestag, dem Theodor Maunz das Prädikat „zentralstes“ Organ des Bundes verliehen hat, schuldig.

In den vergangenen beiden Jahren durfte ich ein Stück mithelfen bei der Gestaltung der Politik gegenüber dem anderen Staat auf deutschem Boden. Ich verhehle Ihnen nicht, daß mich diese Erfahrung und die menschlichen Schicksale, denen ich im geteilten Deutschland begegnet bin, tief bewegt haben. Ich werde das im neuen Amt nicht vergessen.

Dieses Parlament hat sich für die Freundschaft mit dem Westen, für das Bündnis und für die Wertegemeinschaft mit den freiheitlichen Demokratien Westeuropas und Nordamerikas entschieden. Zugleich hat der Deutsche Bundestag niemals einen Zweifel gelassen an seiner Entschlossenheit zu einer langfristigen Verständigung mit dem Osten. Niemand in diesem Haus will die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs mit Gewalt revidieren. Aus dem fortbestehenden Ost-West-Gegensatz und aus dem Grunddissens in der deutschen Frage erwächst den Deutschen in

Ost und West jedoch eine besondere Verantwortung für die Stabilität in Europa, für den Frieden, für praktische Fortschritte zugunsten der Menschen. Zwischen den Verantwortlichen ist der Dialog unbefangener, sind die Kontakte zahlreicher geworden. Das gilt erfreulicherweise auch für die Menschen auf beiden Seiten der Grenze. Diese Bemühungen beider Staaten auf deutschem Boden richten sich gegen niemanden. Ich bin im Gegenteil überzeugt: sie entsprechen den Interessen aller europäischen Völker.

Der Deutsche Bundestag meint es ernst mit der Zielsetzung des Grundlagenvertrags, „normale gutnachbarliche Beziehungen“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu entwickeln. Die deutsche Frage ist nicht primär eine Frage der Grenzen, des Territoriums und der Bündnisse. Sie ist fundamental eine Frage der Menschenrechte, der Freiheit, der Selbstbestimmung, des Friedens. Aber das Recht auf Selbstbestimmung, das allen Völkern der Welt eingeräumt wird, können wir niemals preisgeben.

**In diesem Hause erhebt niemand Gebietsansprüche gegen andere Staaten, steht jedes einzelne Mitglied zu dem verpflichtenden Verzicht auf Gewalt als Mittel der Politik. Wir stehen zu allen geschlossenen Verträgen; es gibt in diesem Haus keinen Gedanken an Revanchismus. Dieser Deutsche Bundestag hat nur einen Wunsch: er will Frieden, Selbstbestimmung, Wohlfahrt und den Anspruch auf persönliches Glück nicht nur für die Menschen in Deutschland, sondern auch für alle unsere Nachbarvölker in Ost und West.**

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in diesem Sinne wieder gemeinsam an unsere Arbeit gehen.

Ich danke Ihnen und grüße von diesem Platz aus alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

## ■ WIRTSCHAFT

### Preisstabilität ist wieder erreicht

„Insgesamt ist mit einer in der Grundtendenz aufwärtsweisenden Entwicklung von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktion für den Rest dieses Jahres und für 1985 zu rechnen.“ Das Wachstum des realen Bruttonsozialproduktes wird in diesem Jahr 2,5 Prozent betragen; für das nächste Jahr rechnen die Institute mit zwei Prozent.

Die Institute bestätigen, daß drei der vier vom Stabilitätsgesetz vorgeschriebenen Zielmarken erreicht sind. Die Wirtschaft wächst wieder, die deutsche Außenhandelsbilanz ist ausgeglichen und vor allem: Preisstabilität ist wieder erreicht. Die Institute halten den erreichten Grad an Preisstabilität sogar für „überraschend stark“, stellt MdB Matthias Wissmann fest.

Die Institute bekräftigen die Position der Bundesregierung und auch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung in unserem Lande nur möglich ist, wenn vor allem die Tarifvertragsparteien ihre Verantwortung für die Arbeitslosen gerecht werden. Die Bundesregierung kann nur für möglichst günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgen; die Tarifparteien entscheiden durch ihre Tarifabschlüsse darüber, wie viele Arbeitnehmer beschäftigt sind und wie viele arbeitslos sind. Die Institute stellen fest: „Vieles spricht dafür, daß die tarifpolitischen Entscheidungen des Jahres 1984 die Entfaltung größerer Wachstumsdynamik und die Verbesserung der Beschäftigungslage hemmen.“

## ■ MEDIENPOLITISCHE GRUNDSÄTZE

# Programm für eine freiheitliche Informations- und Kommunikationspolitik

**Die CDU/CSU hat sich erneut für Wettbewerb und ein vielfältigeres Angebot im Bereich der elektronischen Medien ausgesprochen. Bei der Vorlage medienpolitischer Grundsätze, die am 27. und 28. Februar 1985 auf einem Fachkongress in Mainz zur Diskussion gestellt werden, plädiert die Union für eine sinnvolle Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Veranstaltern.**

Der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU, Werner Remmers, sagte u. a. in Bonn: In den außerordentlichen Möglichkeiten der Telekommunikation für die wirtschaftliche Entwicklung und in der Schaffung neuer Arbeitsplätze liegt ein Schwerpunkt des neuen Medienprogramms. Der Telekommunikation kommt nach Ansicht von CDU und CSU eine Lokomotiv-Funktion für die Fortentwicklung unserer Volkswirtschaft zu. Die Technologieverweigerung von heute müssen die Arbeitslosen von morgen bezahlen. Wer nur Ängste schürt, handelt destruktiv. Horrorvisionen von der Mikroelektronik als Job-Killer sind vor allem geprägt von statistischem Denken und Phantasielosigkeit.

### Entwicklung der mediapolitischen Grundsätze

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die mediapolitische Diskussion — vor al-

lem auf dem Gebiet der neuen Medien — von den Unionsparteien eröffnet. Bereits 1976 legten CDU und CSU ein medienpolitisches Grundsatzprogramm unter dem Titel „Freiheitliche Medienpolitik“ vor. In den folgenden Jahren haben beide Parteien weitere medienpolitische Akzente gesetzt, die in folgenden Papieren ihren Niederschlag gefunden haben:

- Grundsätze für das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk,
- Vorschläge zur Verbesserung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems,
- Neudeinition des Rundfunkbegriffs,
- Fernmeldemonopol der Deutschen Bundespost,
- Kulturelle Filmförderung der Länder,
- Notwendige Entscheidung in der Kabelf- und Satellitentechnik
- 10 Thesen zu den neuen Medien.

Darüber hinaus wurden von den CDU/CSU-regierten Ländern gesetzgeberische Maßnahmen zur Medienpolitik eingeleitet (z. B. Bildschirmtext, Staatsvertrag, Mediengesetze Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein, Versuchsgesetze Rheinland-Pfalz und Berlin).

CDU und CSU haben es immer als ihre vorrangige Aufgabe gesehen, Grundlagen für die mediapolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen, um Schrittmacher der Medienpolitik in unserem Lande zu sein.

Angesichts gravierender medienpolitischer Fragestellungen und Entwicklungen haben CDU und CSU in der Fortschreibung ihrer Medienprogrammatik eine dringende Notwendigkeit gesehen. In dem jetzt vorgelegten Entwurf „Medienpolitische Grundsätze der CDU/CSU — Programm für eine freiheitliche Informationspolitik“ versuchen die Unionsparteien, Antworten auf die komplexe Problematik im gesamten Medienbereich zu vermitteln.

Der Themenkatalog reicht von medienpolitischen Grundsätzen über Fragen der publizistischen Verantwortung, der Zukunft der Presse, des Rundfunks, des Films und der Rolle von Bund, Ländern, Gemeinden und Bundespost bis zu den wirtschaftlichen Aspekten der Medienordnung der Zukunft.

**Die neue medienprogrammatische Positionsbeschreibung der Unionsparteien wird im Mittelpunkt eines Kongresses stehen, der am 27./28. Februar 1985 im Kurfürstlichen Schloß in Mainz unter dem Leithema „CDU/CSU-Medienpolitik — Chance für die Zukunft“ stattfinden wird. Als offene Fachtagung wird der Medienkongreß verstärkt Motivation für die öffentliche und innerparteiliche medienpolitische Diskussion sein.**

## Programm für die Medien von morgen

Die Grundlinien des neuen Medienprogramms stellen sich schwerpunktmäßig in einer thesenartigen Übersicht wie folgt dar:

CDU und CSU

— entwickeln ihre Medienpolitik an den Leitlinien, die vom Bundesverfassungsgericht aus dem Grundrecht des Artikels 5 GG abgeleitet worden sind;

— wollen in der Medienordnung der Zukunft Organisationsformen fördern, die

Privatpersonen und Gruppen die Chance geben, eigenverantwortliche Medienangebote zu gestalten;

— fordern die Landesgesetzgeber auf, für den Kabelempfang von Rundfunkprogrammen zu übereinkommenden gesetzlichen Bestimmungen zu kommen, damit die Informationsfreiheit des Teilnehmers überall in der Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen gewährleistet ist;

— fordern konsequente gesetzgeberische und strafrechtliche Vorsehrungen insbesondere gegen die Fehlentwicklung auf dem Videomarkt und statt unkontrollierten Wildwuchses für Kabel- und Satellitenprogramme klare ordnungspolitische Regelungen zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Familien;

— sind gegen Monopole jeder Art. Dies gilt auch für den publizistischen Bereich;

— befürworten im Bereich der elektronischen Medien Wettbewerb und Vielfalt des Angebots durch eine sinnvolle Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Veranstaltern. Denn privater Rundfunk dient der Verwirklichung der Rundfunkfreiheit des Bürgers;

— bekennen sich zu einer Bestands- und Entwicklungsgarantie für das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Diese Garantie umfaßt aber insbesondere nicht eine Ausweitung der Werbung, die Lokalisierung und Subregionalisierung der Programme sowie die Regionalisierung von Videotext;

— meinen, daß eine Neuorientierung der deutschen Filmförderung dringend geboten ist, damit der deutsche Film im In- und Ausland wieder den gewünschten wirtschaftlichen wie kulturellen Erfolg findet;

— erwarten von Bundesländern, Bund, Gemeinden und Bundespost, daß sie gemeinsam der Aufgabe nachkommen, durch vorausschauende Abstimmung in

allen Medienbereichen ein Höchstmaß an Planungssicherheit und Marktperspektiven zu schaffen;

— begrüßen die Vorleistungen der Deutschen Bundespost beim Aufbau einer modernen Kommunikationsinfrastruktur, die für die Schaffung eines zukunftsträchtigen Medienmarktes notwendig sind;

— unterstützen den Ausbau der Breitbandnetze zur Verteilung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen;

— unterstützen ausdrücklich die Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik sowie der Informations- und Kommunikationstechniken;

— sehen in der Ausstattung der Bundesrepublik Deutschland mit einer optimalen nachrichtentechnischen Infrastruktur und durch Produktivitätssteigerung und Innovation einen erheblichen beschäftigungs-politischen Impuls und damit Möglichkeiten zu einer neuen und besseren Verteilung der Arbeit;

— erwarten, daß die Bundesrepublik Deutschland im Interesse der Wachstums-möglichkeiten und der Märkte der Zukunft alles tut, um ihre internationale Wettbe-werbsfähigkeit zu sichern und wiederher-zustellen;

— setzen auf die Eigendynamik und Inno-vationsfähigkeit der deutschen Industrie und vertrauen auf die Lern- und Leis-tungsbereitschaft der Menschen in unse-rer sozialen Marktwirtschaft und das part-nerschaftliche Verhalten aller Beteiligten;

— bekennen sich zu einer aktiven Me-dien- und Technologiehilfe für die Dritte Welt als Teil einer vorausschauenden Ent-wicklungspolitik, die den Ländern der Drit-ten Welt im Zusammenhang mit der neuen technologischen Revolution eine freie Selbstantfaltung in demokratischer Eigen-verantwortlichkeit ermöglicht.

## Das aktuelle Buch

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat die Politik der GRÜNEN bereits in ihrem CDU-Extra 28 kritisch analysiert. Gerd Langguth, Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, schildert in seinem Buch „Der grüne Faktor — von der Bewegung zur Partei?“ die Entwicklung der GRÜNEN von der Protestbewegung '68 zur Bundespartei '80. Er sieht die GRÜNEN als langfristige Folge des Studentenprotests. Sie haben sich inzwischen eine breite politische Basis geschaffen (Bundestagswahl '83, Europawahl '84), die Anlaß gibt, sich ernsthaft mit ihnen auseinanderzusetzen.

Langguth gibt, mit empirischen Daten belegt, Antworten auf viele Fragen, die sich unter anderem auch mit Parteistruktur und politischen Zielen dieser „Antiparteienpartei“ befassen. Er schildert Demokratie- und Parlamentarismusvorstellungen der GRÜNEN, sowie die Beeinflus-sung der Funktionsfähigkeit einer Fraktion durch das Rotationsprinzip innerhalb einer Legislaturperiode. Das Verhältnis zu SPD und kommunistischen Gruppierungen wird in sachlicher Weise dargestellt. Der steigende politische Einfluß, z.B. in Hessen, läßt Raum für die Einschätzung des künftigen Stellenwertes der Partei als „Macht- und Störfaktor“ im europäischen Parteiensystem.

Falls Sie Interesse an diesem Buch haben, wenden Sie sich bitte an Ihren Kreisver-band. Außerdem ist das Buch im Buch-handel erhältlich.

### Medienkongreß

Die Unionsparteien werden am 27. und 28. Februar 1985 im Kurfürstlichen Schloß in Mainz einen Medienkongreß durchführen. Die Veranstaltung steht unter dem Thema „CDU/CSU-Medienpoli-tik — Chance für die Zukunft“ und dient der Fortschreibung der Mediengrammatik der Unionsparteien.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## TERMINE

- 12./13. 11. **CDA Bund**  
Sozialsekretärskonferenz,  
Königswinter
- 13. 11. **CDU Bund**  
Fachkongress „Mensch und  
Umwelt — Politik  
für eine lebenswerte Zukunft“,  
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
- 14. 11. **CDU Bund**  
Landesgeschäftsführer-  
konferenz, Bonn
- 16. 11. **LV Rheinland**  
Geschäfts. Landesvorstand  
und Landesvorstand, Köln
- 16. 11. **LV Berlin**  
70. Landesparteitag,  
Berlin/ICC
- 16./17. 11. **Frauenvereinigung Bund**  
Sektionssitzung  
der Europa-Sektion der Frauen  
der CDU/CSU, Bonn
- 17. 11. **Frauenvereinigung Rheinland**  
Landesvorstand, Köln
- 17. 11. **Junge Union Niedersachsen**  
Niedersachsenrat, Hannover
- 19. 11. **LV Bremen**  
Landesvorstand, Bremen
- 19. 11. **LV Berlin**  
Landesvorstand, Berlin
- 19. 11. **MIT Westfalen-Lippe**  
Vorstand, Dortmund

- 20. 11. **LV Schleswig-Holstein**  
LFA Sicherheitspolitik, Kiel
- 22. 11. **CDU Nordrhein-Westfalen**  
Fachtagung „Mit der Technik die  
Zukunft gestalten“, Mülheim
- 23. 11. **MIT Bund**  
Vorstandssitzung, Berlin
- 23. 11. **LV Westfalen-Lippe**  
Geschäfts. Landesvorstand  
und Landesvorstand,  
Paderborn
- 23./25. 11. **Junge Union Bund**  
Deutschlandtag, Berlin
- 23./24. 11. **LV Schleswig-Holstein**  
Rechtspolitische Tagung der  
christl.-demokratischen Juristen,  
Kiel
- 24. 11. **WMV Schleswig-Holstein**  
Jahres-Mitgl.-Versammlung,  
Bad Bramstedt
- 25. 11./1. 12. **Exil-CDU**  
Deutschlandpol. Seminar  
für Teilnehmer aus  
Frankreich, Berlin
- 26. 11. **CDU Präsidium**  
Sitzung, Bonn
- 26. 11. **LV Rheinland-Pfalz**  
Landesvorstand, Mainz
- 30. 11. **LV Braunschweig**  
Landesvorstand, Braunschweig
- 30. 11./1. 12. **CDA Bund**  
Geschäfts. Bundesvorstand  
und Bundesvorstand,  
Königswinter
- 1. 12. **CDA Rheinland**  
Mitarbeiterkonferenz, Köln

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.